

aus dem Nationalrat



**Prisca
Birrer-Heimo**
SP, Rothenburg

In der letzten Wintersession haben National- und Ständerat eine dringliche Änderung des Parlamentsgesetzes beschlossen. Sie ermöglicht Nationalratsmitgliedern, die in Corona-Isola-

Demokratische Werte sind ein fragiles Gut

tion oder -Quarantäne sind, in Abwesenheit abzustimmen. Der Ständerat hat für sich auf eine entsprechende Regelung verzichtet. Die Mehrheit der Ständerätinnen und -räte hatte staatspolitische Bedenken. Zum parlamentarischen Prozess gehöre nicht nur das Abstimmen, sondern auch die vorangehende Debatte und der Austausch

zwischen den Ratsmitgliedern. Auch wenn dem grundsätzlich zugestimmt werden kann: Die Verabschiedung von wichtigen politischen Vorlagen und die den politischen Machtverhältnissen entsprechende Darstellung der Abstimmungsergebnisse ist staatspolitisch ebenso wichtig. Resultate mit wenigen Stimmen Unterschied sind nicht nur im Nationalrat üblich, sondern kommen auch im Ständerat öfters vor.

Während ich diese Zeilen schreibe, sind die schockierenden Bilder und Geschehnisse aus dem amerikanischen Kongress präsent. Sie zeigen in aller Deutlichkeit, wie fragil demokratische Werte und Institutionen sein können und wie verheerend das über Jahre verbreitete Gift der Verunglimpfung und Missachtung von demokratischen Systemen und Prozessen, der Verhöhnung von Andersdenkenden und der Verbreitung von Lügen wirkt. Es ist nicht nur wichtig, Demokratie zu pflegen und weiter zu entwickeln, ebenso wichtig ist es, mit Zivilcourage all jenen entgegenzutreten, die eine derartige Schwächung der Demokra-

tie fördern, zulassen, kleinreden oder einfach stillschweigend tolerieren.

Auch in der Schweiz gilt es, den demokratischen Werten und Institutionen Sorge zu tragen. Dazu gehört, dass wir in der politischen Auseinandersetzung um Lösungen ringen und anschliessend die demokratisch zustande gekommenen Entscheide respektieren. Unser System gibt den Bürgerinnen und Bürgern verschiedene Mitgestaltungsmöglichkeiten, sei dies mit direkter Arbeit in Kommissionen, Parlamenten und Exekutiven, aber auch bei Abstimmungen und Wahlen auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene.

Nach ein paar ruhigen Tagen am Jahresende bin ich wieder mit neuer Energie dabei, die Geschäfte für die nächsten Kommissionssitzungen vorzubereiten und mich für tragfähige Lösungen zu engagieren. In der Wirtschaftskommission steht die Differenzbereinigung zur Initiative «Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise» an. Als Mitinitiantin in einer breiten Allianz von Gewerbe, Verbänden und

Konsumentenschutz setze ich mich dafür ein, dass der gute Gegenvorschlag des Nationalrates nicht abgeschwächt und in der Frühlingssession das Parlament eine Vorlage zugunsten der KMU und der Konsumenten und Konsumentinnen verabschiedet wird. Das wäre ein bedeutsamer Erfolg im jahrelangen Kampf gegen den ungerechten «Preiszuschlag Schweiz».

Die Corona-Pandemie ist auch in dieser WAK-Sitzung wieder Thema und wird es wohl noch einige Zeit bleiben. Um die zum Teil einschneidenden wirtschaftspolitischen Massnahmen, die aufgrund der hohen Fallzahlen notwendig sind, abzufedern, ist der Staat gefordert, einen wirksamen Ausgleich für die Existenzsicherung aller Betroffenen zu gewährleisten. Das Parlament passte in der Wintersession mit der Solidarbürgerschafts- und Covid-19-Gesetzgebung einiges an. Diese Unterstützungsmassnahmen mögen allerdings nicht mit der Pandemie-Entwicklung schritthalten. Statt immer wieder nachzubessern, sollten wir mehr Spielraum für schnelle und unbürokratische Unterstützung ermöglichen. Das würde

den Menschen mit ihren Betrieben mehr Sicherheit geben. Dafür setze ich mich auch weiterhin ein.

Zu meinem Engagement in der WAK gesellt sich jenes als Vizepräsidentin der Geschäftsprüfungskommission (GPK). Auch in dieser Kommission beschäftigt uns die Coronakrise, aber unter anderen Vorzeichen. Als Aufsichtskommission prüfen wir die Geschäftsführung des Bundesrates, der Bundesverwaltung und weiterer Träger von Bundesaufgaben mittels Inspektionen und Abklärungen. Letztes Jahr beschloss die GPK, einen Untersuchungsschwerpunkt bei den Massnahmen des Bundesrates und der Bundesverwaltung zur Bewältigung der Corona-Pandemie zu setzen. Die Subkommissionen befassen sich in ihren Bereichen vertieft mit Massnahmen der einzelnen Departementen und führen Untersuchungen durch. Die Überprüfung durch die GPK soll dazu beitragen, die demokratische Verantwortlichkeit von Bundesrat und Bundesverwaltung zu stärken und Lehren für die Bewältigung künftiger Krisen zu ziehen.